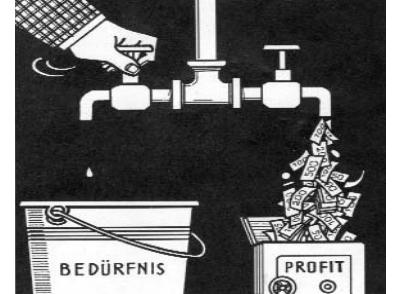


Energie und Wasser im öffentlichen Eigentum erhalten!



Die angestrebte Fusion von OMV und Verbund hat darauf abgezielt, das 2. Verstaatlichengesetz auszuhebeln, das eine öffentliche Mehrheit an der E-Wirtschaft vorschreibt. Nach dem vorläufigen Scheitern der Fusion von OMV und Verbund wird hinter den Kulissen weiterhin an der Privatisierung der Energiewirtschaft gearbeitet. Alles deutet darauf hin, dass spätestens nach den Nationalratswahlen ein Neuanlauf gemacht wird, die öffentliche Mehrheit im Bereich der E-Wirtschaft zu Fall zu bringen. Auch aus der EU wird in diese Richtung Druck gemacht. Das Verbund-Management bezeichnet eine öffentliche Mehrheit im Energiesektor als "verheerendes Signal in Richtung Brüssel, wo man bestrebt ist, staatliche Mehrheiten zurückzudrängen. Das würde niemand verstehen, auch der Kapitalmarkt nicht." (Standard, 27./28. Mai 2006) Unserer Meinung nach geht es weder darum, Brüssel noch dem Kapitalmarkt zu gefallen, sondern die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen an einer sicheren, nachhaltigen und demokratisch gestaltbaren Energieversorgung zu befriedigen. Dort wo die Energiewirtschaft privatisiert wurde (z.B. Kalifornien), hat das zum Verschleiß der Infrastruktur und zum wiederholten Zusammenbruch der Stromversorgung geführt, da den Aktionären der kurzfristige Profit wichtiger ist als langfristige Investitionen in Leitungsnetze und nachhaltige Energieversorgung. **Das 2. Verstaatlichengesetz, das die öffentliche Mehrheit im Bereich der E-Wirtschaft in Verfassungsrang erhoben hat, muss daher verteidigt werden.**

Gleichzeitig wird von der EU-Kommission gemeinsam mit großen französischen, deutschen und britischen Konzernen Druck in Richtung Privatisierung der Wasserver- und entsorgung gemacht. Der Liberalisierungsdruck aus Brüssel und die Finanznot der Gemeinden gefährden die öffentliche Wasserversorgung auch in Österreich. Die Beispiele der Privatisierung der Wasserversorgung in anderen Ländern zeigen - ähnlich wie im Energiebereich - dass Leitungsnetze verrotten, die Trinkwasserqualität sinkt, die Preise steigen und sozial Schwache, die sich die Preise nicht mehr leisten können, die Wasserabspernung droht. Um solche Zustände zu verhindern, fordern wir, dass die öffentliche Eigentumsstruktur der österreichischen Wasserwirtschaft ebenfalls in Verfassungsrang erhoben wird, um Liberalisierung und Privatisierung des Trinkwassers zu verhindern.

PETITION AN DEN ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRAT

Wir fordern den Nationalrat auf:

- Hände weg vom 2. Verstaatlichengesetz - die öffentliche Mehrheit im Bereich der E-Wirtschaft (Wasser- und andere Kraftwerke, Stromnetz) muss erhalten werden!
- Das öffentliche Eigentum im Bereich der Wasserver- und entsorgung muss in Verfassungsrang gehoben werden! Keine Unterordnung der Wasserver- und entsorgung unter das EU-Binnenmarktregime!

Name	Adresse	Dat. US	Geb. Dat.	Unterschrift

Bitte zurücksenden an: **Werkstatt Frieden & Solidarität**, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, e-mail: office@werkstatt.or.at, www.werkstatt.or.at

Energie und Wasser im öffentlichen Eigentum erhalten!

PETITION AN DEN ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRAT

Wir fordern den Nationalrat auf:

- Hände weg vom 2. Verstaatlichungsgesetz - die öffentliche Mehrheit im Bereich der E-Wirtschaft (Wasser- und andere Kraftwerke, Stromnetz) muss erhalten werden!
- Das öffentliche Eigentum im Bereich der Wasserver- und entsorgung muss in Verfassungsrang gehoben werden! Keine Unterordnung der Wasserver- und entsorgung unter das EU-Binnenmarktregime!

Name	Adresse	Dat. US	Geb. Dat.	Unterschrift

Bitte zurücksenden an:

Werkstatt Frieden & Solidarität

Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391

e-mail: office@werkstatt.or.at, www.werkstatt.or.at

Neue Petitionslisten können hier auch bestellt oder von der Web-Page heruntergeladen werden.